

▶ ▶ ▶ Eine neue Wirtschaftsordnung



Quelle: pixabay.com

Immer wieder werden in den letzten Jahren Stimmen laut, die nach einer neuen Währungs- und Wirtschaftsordnung für das 21. Jahrhundert rufen. Vor achtzig Jahren schafften Delegierte aus 44 Ländern in Bretton Woods, New Hampshire, den Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg zu koordinieren und die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit zu fördern.

In den 1940er Jahren, als das Bretton-Woods-System entstand, wurden damit die Interessen

der damals führenden Industrienächte der Welt gewahrt. Imperiale Mächte beherrschten 1944 noch den größten Teil des globalen Südens.¹

Seither wurde das Bretton-Woods-System gelegentlich angepasst um der zunehmenden Globalisierung und Abhängigkeit der Länder untereinander Rechnung zu tragen. Das Herzstück der globalen Währungs- und Finanzordnung sind aber nach wie vor der Internationale Währungsfonds und die Weltbank.

Gemäß den Wirtschaftswissenschaftler:innen Ulrich Volz, Janak Raj und Monika Herz braucht es eine Reform der globalen Wirtschafts- und Finanzarchitektur, um der internationalen Gemeinschaft eine Chance für die Zukunft einzuräumen.² In den letzten Jahren hätten der Klimawandel und die COVID-19-Pandemie deutlich gemacht, wie wenig die in Bretton Woods gegründeten Institutionen mit den sich verändernden globalen wirtschaftlichen Realitäten und Entwicklungsprioritäten Schritt halten. Bei dieser Reform stehen acht Punkte im Vordergrund.

Erstens muss den Entwicklungsländern mehr Mitspracherecht in den multilateralen Institutionen eingeräumt werden. Schwellen- und Entwicklungsländer haben ein weitaus größeres Gewicht als in der Weltwirtschaftsordnung von 1944. Die Macht hat sich verschoben. Quoten und Abstimmungssysteme in den Bretton-Woods-Institutionen sind immer noch stark zugunsten der Industrieländer verzerrt.

Außerdem besteht immer noch das „Gentlemen’s Agreement“, wonach ein:e Europäer:in den Internationalen Währungsfonds (IWF) und ein:e US-Amerikaner:in die Weltbank leitet. Gemäß dem oben genannten Autor:innen untergräbt dieser Zustand nicht nur die Legitimität der Bretton-Woods-Institutionen, sondern behindert auch ihre Fähigkeit, die dringenden und komplexen Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen. Deshalb müssen Quoten und Stimmanteile neu verteilt werden und ein Verfahren zur Auswahl der Führungsspitze mit „doppelter Mehrheit“ eingeführt werden. In einem solchen System müssten erfolgreiche Kandidat:innen sowohl eine Mehrheit der gewichteten Stimmen (die die Anteile der Länder an der Institution

¹ TradeCom (Hg.): „Hat Bretton Woods ausgedient?“ 16.02.2023. aus „Zeitenwende. Rezession, Krieg & Neue Chancen.“ Dezember 2023. Seite 119.

² Volz, Ulrich, Raj, Janak, Herz, Monika: „A Monetary and Economic Order Fit for the Twenty-First Century“. 14. Juni 2024. <https://www.project-syndicate.org>

widerspiegeln) als auch die Unterstützung einer Mehrheit der Mitgliedsländer erhalten. Einer derartigen Änderung haben sich die Industriestaaten, insbesondere die USA, bisher widersetzt.

Zweitens muss das Globale Finanzsicherheitsnetz (Global Financial Safety Net, GFSN), das Netzwerk von Institutionen, die in Krisenzeiten kritische Finanzmittel bereitstellen, gestärkt und besser auf die Bedürfnisse von Entwicklungsländern abgestimmt werden, die mit sich verändernden makroökonomischen und Klima-Risiken konfrontiert sind. In seiner jetzigen Form ist das GFSN nicht nur im Hinblick auf die Höhe der bereitgestellten Unterstützung weit unterdimensioniert, sondern leidet auch unter eingebauten strukturellen Ungleichheiten, die die Entwicklungsländer stärker gefährden. Ein größeres, gerechteres GFSN würde die Länder besser gegen Klimaschocks und andere Krisen absichern und Ressourcen zur Förderung der Entwicklung vor Ort freisetzen.

Der dritte wichtige Punkt wäre die Schaffung eines internationalen Mechanismus, der faire und schnelle Lösungen für Staatsschuldenkrisen bietet. Es sollte dabei auch eine Institution geschaffen werden, die von Gläubigern und Schuldnern unabhängig ist. Auch kurzfristige Lösungen werden benötigt, um die Staatsschuldenkrise zu bewältigen, die derzeit die Entwicklung im globalen Süden behindert, da sie wichtige Investitionen in den Klimaschutz und die Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen³ behindert.

Der Ansatz des Local Currency Settlements (LCS) wurde bereits in unserem Artikel „Hat Bretton Woods ausgedient?“⁴ vom 16.02.2023 besprochen. Dabei handelt es sich um eine Vereinbarung, bei der die Abwicklung einer bilateralen Transaktion zwischen zwei Ländern in der jeweiligen Währung des jeweiligen Landes erfolgt, in dessen Zuständigkeitsbereich die Abwicklung erfolgt. Diese Praxis wird bereits seit 2022 erfolgreich in Indonesien gefördert und eingesetzt.⁵

³ Sustainable Development Goals, SDGs

⁴ TradeCom (Hg.): „Hat Bretton Woods ausgedient?“ 16.02.2023. aus „Zeitenwende. Rezession, Krieg & Neue Chancen.“ Dezember 2023. Seite 119.

⁵ <https://www.icbc.co.id/en/column/685698244520214528.html> (25.06.2024)

Der vierte Punkt betrifft die Klimafinanzierung, welche erheblich aufgestockt werden muss. Alle öffentlichen und privaten Finanzströme (der Kreditvergabe durch internationale Finanzinstitutionen) müssen mit den Zielen des Pariser Klimaabkommens in Einklang gebracht werden. Internationale Normungsgremien müssen sich verpflichten, klimabedingte Finanzrisiken zu berücksichtigen und das Pariser Klimaziel zu unterstützen.

Fünftens müssen internationale, nationale und subnationale Entwicklungsbanken gestärkt werden. Die Anpassung an den Klimawandel und der Klimaschutz werden enorme Investitionen erfordern, und die Möglichkeiten kommerzieller Finanzinstitute sind begrenzt. Daher müssen öffentliche Entwicklungsbanken und -fonds eine viel größere Rolle bei der Finanzierung des Strukturwandels und der nachhaltigen Entwicklung spielen. Multilaterale Entwicklungsbanken (Multilateral Development Banks, MDBs) und Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen (Development Finance Institutions, DFIs) sollten eng mit nationalen und subnationalen Partnern zusammenarbeiten, um ihnen zu helfen, ihr Potenzial auszuschöpfen.

Sechstens müssen Fortschritte auf dem Weg zu einem multilateralen Währungs- und Reservesystem erzielt werden, das sich auf die Rechnungseinheit des IWF, die Sonderziehungsrechte (SZR), stützt. Die zentrale Stellung des US-Dollars im globalen Währungssystem (oder Nicht-System) bedeutet, dass die Politik einer Zentralbank – der Federal Reserve – einen unverhältnismäßig großen Einfluss auf die globalen Währungsbedingungen und den globalen Finanzzyklus hat. In einem stabileren System würde der IWF regelmäßig SZR ausgeben, um den Anstieg der weltweiten Nachfrage nach Devisenreserven zu decken, wobei in Krisenzeiten zusätzliche automatische Zuteilungen erfolgen würden. Um das Währungsrisiko in den Empfängerländern zu verringern, sollten die MDBs und die DFI gleichzeitig Finanzmittel in Landeswährung bereitstellen.⁶

Siebtens sollten der IWF und die regionalen Finanzinstitutionen Mechanismen zur Koordinierung der Politik schaffen, um die Volatilität der Kapitalströme zwischen den Regionen sowie zwischen den Entwicklungsländern und den fortgeschrittenen Volkswirtschaften zu steuern.

⁶ Zum Thema Einfluss der systemrelevanten Zentralbanken und Neuverteilung der Sonderziehungsrechte siehe auch: TradeCom (Hg.): „Hat Bretton Woods ausgedient?“ 16.02.2023. aus „Zeitenwende. Rezession, Krieg & Neue Chancen.“ Dezember 2023. Seite 121f.

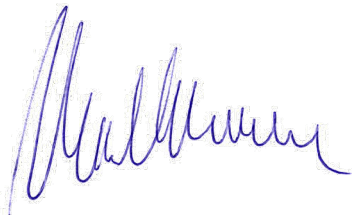
Eine internationale Finanztransaktionssteuer sollte ebenfalls eingeführt werden, um die durch kurzfristige Kapitalströme verursachten Störungen zu begrenzen. Die beträchtlichen Einnahmen, die eine solche Steuer generieren würde, könnten zur Finanzierung der SDGs und der Klimaschutzmaßnahmen verwendet werden.

Als achten und letzten Punkt auf der Prioritätenliste steht die internationale Steuerarchitektur. Diese soll gestärkt werden, um eine gerechte, integrative und nachhaltige Entwicklung zu unterstützen. Eine größere Steuertransparenz und verbesserte Mechanismen für den grenzüberschreitenden Austausch von Bank- und Finanzinformationen können es den Ländern ermöglichen, mehr inländische Steuereinnahmen zu generieren. Darüber hinaus könnte ein verbindliches UN-Rahmenübereinkommen über Steuern in Verbindung mit Maßnahmen zur Bekämpfung illegaler Finanzströme neue Quellen für die Entwicklungsfinanzierung erschließen und die Abhängigkeit von der öffentlichen Entwicklungshilfe verringern.

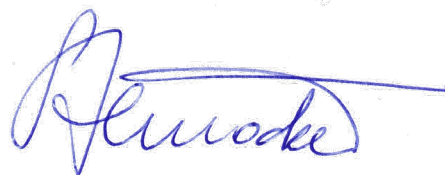
Analog zur Bretton-Woods-Konferenz 1944 wäre ein Moment kollektiven Handels der Staats- und Regierungschefs der Welt zum Aufbau einer neuen globalen Wirtschaftsordnung dringend notwendig und sogar überfällig.

Ceterum censeo TradeCom Fonds esse emendum!

Mit freundlichen Grüßen



Mag. Reinhard Wallmann
(Geschäftsführer)



Mag. Margot Steinöcker
(Public Relations)

Risikohinweis!!!

Dies ist eine interne Unterlage und ist nur an einen ausgewählten Personenkreis gerichtet. Sie basiert auf dem Wissensstand der mit der Erstellung betrauten Personen und dient der zusätzlichen Information unserer Anleger. Unsere Analysen und Schlussfolgerung sind genereller Natur und berücksichtigen nicht die individuellen Bedürfnisse von Anlegern hinsichtlich Ertrag, steuerlicher Situation oder Risikobereitschaft. Jede Kapitalanlage ist mit Risiken verbunden. Wir übernehmen für die Vollständigkeit, Richtigkeit und Aktualität der hier wiedergegebenen Informationen und Daten sowie das Eintreten von Prognosen keine Haftung. Die Unterlage ersetzt keinesfalls eine anleger- und objektgerechte Beratung sowie umfassende Risikoaufklärung. Die steuerliche Behandlung der Fonds ist von den persönlichen Verhältnissen des jeweiligen Kunden abhängig und kann künftig Änderungen unterworfen sein.

Die Wertentwicklung der Vergangenheit lässt keine verlässlichen Rückschlüsse auf die zukünftige Entwicklung g Steuern sind in den Performanceberechnungen nicht berücksichtigt und mindern die Rendite der Veranlagung. Ertragserwartungen stellen bloße Schätzungen zum Zeitpunkt der Erstellung der Unterlage dar und sind kein verlässlicher Indikator für eine tatsächliche künftige Entwicklung.

Die aktuellen Prospekte und das Basisinformationsblatt ("BIB") sind in deutscher Sprache auf der Homepage www.securitykag.at (Unsere Fonds/Fonstdokumente) sowie am Sitz der Security Kapitalanlage AG, Burgring 16, 8010 Graz als Emittentin und der Liechtensteinische Landesbank (Österreich) AG, Hessgasse 1, 1010 Wien, als Depotbank kostenlos erhältlich.

Beratung und Verkauf erfolgen ausschließlich über befugte Wertpapierdienstleister und Banken. Alle Angaben ohne Gewähr.